

ÖFFENTLICHER DIENST

Tarifrunde: 2008 sind wir dran

ver.di fordert bei Bund und Kommunen acht Prozent höhere Entgelte – mindestens 200 Euro

Um acht Prozent höhere Entgelte, mindestens aber 200 Euro mehr fordert die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft in der Tarifrunde 2008 für die rund 160.000 Beschäftigten beim Bund und die rund 1,15 Millionen Arbeitnehmer/innen bei den Kommunen. Das beschloss am 19. Dezember 2007 in Berlin bei nur einer Gegenstimme die ver.di-Bundestarifkommission.

Voll übernommen hat sie die Forderungen der Jugendtarifkommission: Die Übernahme der Auszubildenden soll verbindlich geregelt werden, ihre Entgelte im Osten sollen zum 1. Januar 2008 an jene im Westen angeglichen und um 120 Euro erhöht werden. Zudem ist, so die Forderung, das Tarifergebniszeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Für die Tarifverträge in der kommunalen Versorgungswirtschaft (TV-V) und im öffentlichen Personennahverkehr (TV-N) werden gesonderte Forderungen zum Beispiel zur Schichtarbeit in die Verhandlungen eingebracht. Wichtig ist ver.di auch das Ziel einer zwölfmonatigen Laufzeit des Tarifvertrages, weil dann im Jahre 2009 auch die Länder wieder in eine gemeinsame Tarifrunde einbezogen werden können.

In der anschließenden Pressekonferenz wies der ver.di-Vorsitzende Frank



Bsirske darauf hin, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst über mehrere Jahre hinweg Kaufkraft verloren hätten. Um rund zehn Prozent seien die Einkommen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren unter jenen der Privatwirtschaft geblieben.

Beamtenbund und ver.di agieren gemeinsam

Dies bereite auch zunehmend Probleme bei der Gewinnung von qualifiziertem Personal. Die Stimmung in den Betrieben sei gereizt. „Die Leute haben die Nase voll. Sie meinen: Es reicht, jetzt sind auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst dran!“ Die-

se Erwartungen gälten auch für die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften GEW und GdP.

Für den Beamtenbund, der 2008 erstmals gemeinsam mit ver.di am Verhandlungstisch sitzt, erklärte Bundesvorsitzender Peter Heesen: Angesichts dessen, was die Bundestagsabgeordneten sich bewilligt hätten, sei die Forderung nach acht Prozent mehr Entgelt „eher bescheiden“. Zusammen mit ver.di agiere seine Organisation, weil sie sich davon eine „größere Durchsetzungsfähigkeit“ erwarte.

Vorausgegangen war in der ver.di-Bundestarifkommission eine intensive, rund fünfständige Debatte, in der vor allem eines deutlich wurde: Nach Reallohnverlusten in den vergangenen Jahren, angesichts guter Konjunktur und steigender Steuereinnahmen ist es nun Zeit für deutlich höhere Einkommen im öffentlichen Dienst. – Zwei Tage zuvor hatten in Berlin mehr als 1000 in ver.di organisierte Beamtinnen und Beamte für Gemeinsamkeit und Solidarität in der Tarifrunde 2008 plädiert (Bericht Seite 4).

HERMANN SCHMID

Herausgeber und Redaktion wünschen allen NEWS-Leserinnen und -Lesern besinnliche Feiertage und einen guten Start in das Jahr 2008.

HARTZ IV Verarmung in Deutschland

Zwei Studien zeigen: Langzeitarbeitslose haben immer weniger Geld in der Haushaltskasse.

SEITE 2

UMWELT Gute Arbeit für die Zukunft

Gemeinsames Papier vom Umweltministerium und ver.di.

SEITE 3

TARIFRUNDE Solidarität ist die Grundlage

Auch Beamtinnen und Beamte bei Bund und Kommunen geben sich kampfeslustig.

SEITE 4

ZEITARBEIT Gericht prüft Tariffähigkeit

Christliche Pseudo-Gewerkschaften drücken das Lohnniveau noch weiter nach unten.

SEITE 6

ZWISCHENRUF

Bei der Debatte über zu hohe Manager-Gehälter wird meistens vergessen, dass sie ja nicht nur hart schufteten, sondern auch allerhand Qualen aushalten müssen. Zum Beispiel: 57 Prozent von ihnen quält „mehrmals jährlich ihr schlechtes Gewissen, weil ihr Handeln mit einstigen Wertvorstellungen unvereinbar ist“. Das will allen Ernstes die internationale Personalberatung LAB Lachner Aden Beyer & Company in Kooperation mit der „Wirtschaftswoche“ mittels einer Umfrage herausgefunden haben. 47 Prozent der Manager beobachten demnach „in ihrem beruflichen Umfeld regelmäßig moralisch verwerfliches Handeln.“ Und „bei 72 Prozent der Leistungsträger haben sich nach eigenen Angaben die moralisch-ethischen Maßstäbe im Laufe ihres Berufslebens verschoben“. Das ist ja nun ganz furchtbar, das haben wir doch gar nicht gewusst: Die hohen Gehälter sind also quasi eine Entschädigung dafür, dass es den Managern auf Arbeit so beschissen geht. So muss man das sehen. HENRIK MÜLLER

Mindestgefühle

„Wir haben in den beiden großen Volksparteien eine gefühlte Sympathie für den Mindestlohn von etwa zwei Dritteln aller Mitglieder.“

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zu der Frage, ob sich die Union von den Mindestlohn-Forderungen der SPD „getrieben“ fühle

Buchtipp

Politik-Lexikon

In Zeiten arg verknappter Information in den Medien wächst die Gefahr, dass man Begriffe und Abkürzungen nicht mehr versteht. Notwendiger wird somit ein Lexikon, das auf die Sprünge hilft, etwa was mit dem Schengener Abkommen gemeint ist oder mit dem Nachhaltigkeitsfaktor in der gesetzlichen Rentenversicherung. An ein differenziertes Publikum richtet sich dieses Politik-Lexikon mit 3600 Begriffen, das Lernende, Studierende, aber auch Aktive in Verbänden ansprechen will. Es greift aktuelle Begriffe wie auch solche aus der Zeitgeschichte auf. Erklärt werden beispielsweise AB-Maßnahme, Benchmarking, Deutscher Aktienindex, Emissionshandel, Hisbollah, Meditation, Petition, Sozialstaat, Xenophobie oder der Zwei-Plus-Vier-Vertrag, um nur einige herauszugreifen. Der Nahost-Konflikt wird in Zusammenhängen erklärt. Verwiesen wird auf den BAT, aber nicht auf den TVöD. Die Europäische Aktiengesellschaft SE sucht man ebenso vergebens wie das Sozialforum. Insgesamt ist es ein hilfreiches Lexikon für den schnellen Überblick, für den auch Querverweise wie auch Infografiken sorgen. Zum Anhang gehört ein Länderlexikon mit knapp gefassten Fakten.

Christian Rittershofer, Lexikon Politik, Staat, Gesellschaft, Beck im dtv, München, 2007, 810 Seiten, 19,50 Euro

Beachtliche Bestandsaufnahme

Eingriffe in die Tarifautonomie bei Theatern und Orchestern zurückgewiesen

(pm) „Als beachtliche Bestandsaufnahme kulturwirtschaftlicher und kulturpolitischer Fragen“, wertet der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke, den Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. In einer ersten Stellungnahme zeigte er sich aber auch enttäuscht über einige Handlungsempfehlungen, die die soziale und urheberrechtliche Lage der Künstlerinnen und Künstler betreffen. Entschieden verurteilte Werneke den von den Mitgliedern der Enquete-Kommission mehrheitlich empfohlenen Eingriff in die Tarifautonomie, die sich insbesondere in Empfehlungen zum Bereich Theater und Orchester niederschlägt. „Kultureinrichtungen sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, und daher auch tarifpolitisch dort richtig verankert“, bekräftigte Werneke.

Vertan habe man leider auch die Chance, einen Lösungsansatz zur Verbesserung der finanziellen Situation

der Kulturschaffenden ernsthaft prüfen zu lassen. Dervon anerkannten Urheberrechtlern vorgeschlagene Weg eines Künstlergemeinschaftsrechts werde, obwohl in der Problembeschreibung gewürdigt, nur von einer Minderheit unterstützt und gefordert. Gleiches gelte für die Ausstellungsvergütung für bildende Künstlerinnen und Künstler.

Tarifpolitisch richtig verankert

Zutreffend werde im Zusammenhang mit der Umsetzung des Urhebervertragsrechts die Verweigerungshaltung der Verwerterseite herausgestellt. „Sie hat, entgegen dem Willen des Gesetzgebers, eine Besserstellung der Urheber bisher verhindert“, betonte Werneke. „Insoweit ist die Forderung der Enquete nach Regelungen und Maßnahmen, die die Urheberinnen und Urheber sowie die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage in den Mittelpunkt stellt, zu begrüßen.“

Die kulturpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, Lukrezia Jochimsen, die auch Mitglied der Enquete-Kommission ist, wertete den Bericht als „elementare Analyse des kulturellen Zustandes unseres Landes“. Die derzeit noch vorhandene reiche Kulturlandschaft könne ohne weitere öffentliche Förderung nicht erhalten werden.

Deshalb, so Jochimsen, sei es „wichtig, dass im Bericht die verpflichtende Aufgabe des Staates für Kunst und Kultur herausgestellt und die Forderung, das Staatsziel Kultur im Grundgesetz zu verankern, zum Gebot der Stunde wird“.

In einem Sondervotum macht „Die Linke“ zudem auf ein grundsätzliches Defizit des Enquete-Berichts aufmerksam: Er setze sich nicht ausführlich mit den Auswirkungen der deutschen Teilung auf Infrastrukturen und Mentalitäten in der heutigen Bundesrepublik auseinander.

HARTZ IV

Zwei Studien belegen Trend zur Verarmung in Deutschland

(bb) Gleich zwei Studien, die Anfang Dezember vorgestellt wurden, zeigen: Langzeitarbeitslose haben seit Hartz IV immer weniger Geld in der Haushaltskasse. Doch während eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (DIW) mit Überschriften bedacht wurde wie „Armutzeugnis“ oder „Hartz IV führt zur Armut“, gab es einen Tag später vermeintlich positive Nachrichten: „Deutsche Arbeitslose gut gestellt“ oder „Hartz IV über dem Durchschnitt“.

Das DIW stellte fest, dass durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Armutsquote auf 66 Prozent angestiegen ist. Mehr als die Hälfte der Haushalte von Alg-II-Empfängern steht sich heute schlechter als vor der Hartz-Reformen. „Es gibt mehr Verlierer als Gewinner“, kommentierte das Institut. Und in Ostdeutschland ist die Bilanz noch schlechter: Haushalte, die 2004 noch im Durchschnitt über 10390 Euro verfügten, rutschten auf 8840 Euro.

Für die positiven Schlagzeilen des nächsten Tages sorgte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die einen Vergleich der Einkommen von Langzeitarbeitslosen in den 30 OECD-Ländern vorlegte. Auch nach dieser Studie haben die deutschen Langzeitarbeitslosen weniger in der Tasche als im Vergleichsjahr 2001. So erhält ein Alleinstehender, der fünf Jahre arbeitslos ist, nur noch 36 Prozent seines letzten Nettolohns. Im Jahr 2001 waren es noch 54 Prozent. Bei einer Familie mit zwei Kindern ist der Verlust zwar weniger dramatisch. Hier sanken die Transferleistungen von 63 auf 62 Prozent. Für die positiven Schlagzeilen sorgte der OECD-Durchschnitt. Der liegt bei 32 bzw. 53 Prozent.

Doch offensichtlich geht es auch anders: In Dänemark liegt die Quote für einen Alleinstehenden bei 59 Prozent, in der Schweiz bei 48 Prozent. Noch besser sind in diesen Ländern Familien mit Kindern abgesichert. In Dänemark und Finnland kommen über die

Transferleistungen noch 77 Prozent des letzten Nettoeinkommens in die Haushaltskasse.

Die OECD sieht darüber hinaus wenig Anreize für deutsche Langzeitarbeitslose, sich auf dem Arbeitsmarkt umzusehen, während sich in den nordischen Ländern – trotz hoher Transferleistungen – die Arbeit lohne. Die Gründe seien geringe Steuern und Sozialabgaben auf untere Einkommen oder auch Kombilohnmodelle.

Zeitgleich mit der OECD-Untersuchung stellte die Universität Bielefeld die Ergebnisse ihrer Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ vor. Auch hier war Langzeitarbeitslosigkeit ein Thema. Studienleiter Wilhelm Heitmeyer sieht eine zunehmende „Ökonomisierung des sozialen Lebens“. Denn 56 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger nehmen eine abwertende oder feindselige Haltung gegenüber Hartz-IV-Empfängern ein. Einen Grund für diese Haltung sieht der Sozialwissenschaftler in der Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg.



Nele Stier ist Diplom-Verwaltungswirtin und Mitglied der Gesamt-JAV der Stadt München

INTERVIEW

Toleranz lernen?

Wie wurde das von der Gelben Hand preisgekrönte Projekt in Eure Ausbildung integriert?

Im ersten Modul haben wir eine Anlaufstelle für Obdachlose besucht, und ein Obdachloser hat uns aus seinem Leben erzählt. Dann haben wir über Toleranz im Alltag anhand von Bildern gesprochen. Dieser rein theoretische Teil war jedoch nicht ganz so interessant. Toleranz hat man oder nicht – ob man die lernen kann, ist fraglich. Im zweiten Modul haben wir zum Beispiel eine Moschee besucht.

Was hat Dir das Projekt für Deine spätere Arbeit gebracht?

Gerade im zweiten Teil habe ich einiges für mich gelernt, zum Beispiel über die Ähnlichkeiten zwischen dem Islam und anderen Religionen. Bei der Kommunikation und dem Umgang mit Ausländern bei der Arbeit kann ich in deren Verhalten ein paar Dinge besser nachvollziehen. Aber bevor ich in der Ausländerbehörde eingesetzt wurde, musste ich ohnehin noch einmal an einer mehrtägigen Schulung teilnehmen.

Findest Du ein solches Projekt für Auszubildende generell sinnvoll?

Es ist schon gut, dass man während der Ausbildung nicht nur auf die fachlichen Seiten eingeht, sondern dass auch die soziale Komponente beachtet wird. Das Projekt soll in Zukunft auch für die anderen Ausbildungsbereiche der Stadt verpflichtend werden.

UMWELTDIENSTLEISTUNGEN

Gute Arbeit für die Zukunft

Gabriel und Bsirske fordern faire und angemessene Arbeitsbedingungen

(pm) Umweltschutz ist ohne umweltbezogene Dienstleistungen nicht vorstellbar. Umgekehrt bietet Umweltschutz Menschen Arbeit, Ausbildung und Perspektiven. Das betonten ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) zum Auftakt einer gemeinsamen Konferenz zum Thema „Umwelt. Dienstleistungen. Gute Arbeit für die Zukunft.“ Von den mehr als 1,5 Millionen Menschen, die in Deutschland im Umweltsektor arbeiten, sind zwei Drittel im Dienstleistungsbereich tätig.

Frank Bsirske betonte: „Nur gute Arbeit ist in der Lage, eine gute Umwelt zu schaffen. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens für gute Arbeitsbedingungen im Umweltbereich. Gelingt dies, wird Deutschland seine

weltweite Führungsrolle in diesem Schlüsselbereich auch in Zukunft verteidigen und ausbauen können.“ Bundesumweltminister Gabriel zum

Gemeinsames Papier

„Sozial ist, was gute und existenzsichernde Arbeit schafft. Gute Arbeit für gute Umwelt, das heißt qualifizierte, existenzsichernde Beschäftigung muss zum Leitmotiv in der Umweltwirtschaft werden“, heißt es in einem von ver.di und dem Umweltministerium gemeinsam vorgelegten Papier, das im Download-Bereich von „ver.di NEWS“ als PDF zur Verfügung steht: <http://www.verdi-news.de/abonnenten.html>

Thema: „Der Stellenwert von Umweltdienstleistungen wird in Zukunft noch zunehmen. Die grünen Zukunftsmärkte, ob Energieeffizienz, Recycling oder Wasserwirtschaft, sind Wachstumsmärkte. Um effizienter mit Energie und Rohstoffen umzugehen, brauchen wir nicht nur neue Technologien, sondern auch hochwertige, intelligente Dienstleistungen. Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, ‚Umweltservice – made in Germany‘ zum Exportschlagern zu machen.“

Gabriel und Bsirske sprachen sich für tariflich abgesicherte Standards bei den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung im Bereich der Umweltdienstleistungen aus sowie für vernünftige Arbeitszeiten, gute Ausbildung und Mitbestimmung.

AKTION

Petition für das Recht auf Ausbildung: Unterschriften statt Böller

(dgb) Noch bis Silvester ist Zeit, um die Bundestagspetition für ein Grundrecht auf Ausbildung zu unterstützen: „Wir brauchen bis zum 31. Dezember 50 000 Unterschriften, damit sich neben dem Petitionsausschuss auch der Bundestag selbst mit dem Grundrecht auf Ausbildung befassen muss“, erklärt Kaweh Mansoori, als hessischer Lan-

desschülersprecher einer der Initiatoren der Petition. Bis Mitte Dezember haben sich bereits rund 40 000 Menschen dieser Forderung angeschlossen. Doch das reicht noch nicht. Deshalb gilt: Wer die Petition bisher noch nicht unterschrieben hat, kann das bis zum 31. Dezember 2007 noch tun, am besten online unter: www.ausbildung-fuer-alle.de/petition/petition.htm

Unter www.ausbildung-fuer-alle.de können auch Unterschriftenlisten heruntergeladen werden. Die Aktion wird auch vom Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt.

GELBE HAND

Azubis und Nachwuchskräfte der Stadtverwaltung München ausgezeichnet

(hla) Jedes Jahr verleiht der gewerkschaftsnahe Verein „Gelbe Hand“ Preise in dem Wettbewerb „Mach meinen Kumpel nicht an“. Ausgezeichnet werden Auszubildende in Betrieben, Verwaltungen und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, die sich kritisch mit Rassismus und Rechtsradikalismus auseinandersetzen und für Gleichberechtigung eintreten.

Den 2. Platz belegten in diesem Jahr Azubis und Nachwuchskräfte der Stadtverwaltung München. Seit 2004 ist das Projekt „Vielfalt macht's möglich“ Teil ihrer Ausbildung. Das bedeutet: verpflichtende Seminare zu den Themen „Achtung Toleranz“, „Interkulturelle Verständigung“ und „Gender“. Sie sollen bei den Teilnehmerinnen und

Teilnehmern die Bereitschaft wecken, sich mit anders denkenden, anders aussehenden und anders handelnden Menschen auseinanderzusetzen. Im Vordergrund steht dabei, den Dialog der Kulturen zu fördern.

Bezug zum beruflichen Alltag der Nachwuchskräfte

Damit soll ein Bezug zum beruflichen Alltag der Nachwuchskräfte hergestellt werden. „Für uns ist es wichtig, dass alle Azubis die einzelnen Module des Projekts verpflichtend besuchen“, sagt Ursula Rüdiger, stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats. Nur so könnten vorhandene „blinde Flecken“ bei den Azubis erkannt und verändert werden.

Die Jury der Gelben Hand lobte besonders die gelungene Mischung aus Praxis, Theorie, Selbsterfahrung und interaktiven Elementen. Sie bezeichnet das Projekt als „beispielhafte Umsetzung von Gleichberechtigungsarbeit in Verwaltungen“.

Elke Hannack vom ver.di-Bundesvorstand sagte bei der Preisverleihung Anfang Dezember: „Integration im Sinne der Gewerkschaften ist umfassende Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und betrieblichen Leben.“ Weitere Preise gingen beispielsweise an die Jugendwerkstatt Gifhorn, die Richard-Müller-Berufsschule in Fulda oder die Rheinbahn Düsseldorf. Mehr Informationen finden sich unter: www.gelbehand.de

Studie

Mitarbeiterbeteiligung

Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg ist in Industrieländern weit verbreitet, aber die Formen und staatlichen Rahmenbedingungen weichen stark voneinander ab. Darauf macht eine Expertise des Sozialwissenschaftlers Peter Volz aufmerksam, die jüngst von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht wurde. Der Autor untersuchte die Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Finnland, Großbritannien sowie in den USA und Japan. In der Verbreitung nimmt Deutschland eher einen mittleren Platz ein. In den USA, in Frankreich und Großbritannien ist sie weiter verbreitet, aber mit starker Akzentuierung als Altersversorgung. Vielfach ist die Beteiligung eher eine Sparförderung für Aktien. Und zumeist gelten die Regeln für Beschäftigte in Großunternehmen. Die Regeln zur Mitarbeiterbeteiligung seien derzeit nur bedingt international vergleichbar, räumt Autor Volz ein. Er verweist auch darauf, dass sich die Haltung der Gewerkschaften in Europa, anfangs eher kritisch, gewandelt habe. Die EU-Kommission will der Mitarbeiterbeteiligung mehr Bedeutung verschaffen.

Peter Volz, Mitarbeiterbeteiligung in Europa, Japan und den USA, Schriftenreihe Wiso-Diskurs der Friedrich-Ebert-Stiftung, www.fes.de/wiso

Solidarität ist die Grundlage

Die Tarif- und Besoldungsrunde 2008 im öffentlichen Dienst braucht alle

(bb) Alle waren sie gekommen: Beamtinnen und Beamte und auch Angestellte von Post, Telekom, Feuerwehr, Zoll, Finanz- und Kommunal-, Bundes- und Landesverwaltungen. Mehr als 1.000 aktive ver.di-Mitglieder trafen sich in Berlin zur ver.di-Auftaktveranstaltung für die Tarif- und Besoldungsrunde 2008 im öffentlichen Dienst – einen Tag, bevor die Bundestarifkommission über die aufzustellenden Forderungen entschied (siehe Titelseite). Das Motto der „Jetzt sind wir dran!“ mussten die Redner nicht mehr lange erläutern, es erklärte sich von selbst. Die Menschen, angereist vom hohen Norden bis aus Bayern, zeigten sich kampfeslustig. Hätte in dem Saal des Postbahnhofs am Ostbahnhof eine Urabstimmung stattgefunden, ver.di hätte sich um Zustimmung nicht sorgen müssen. Reichlich Trillerpfeifen und Fahnen zeugten von Durchsetzungswillen.

Ob Beamte, Angestellte oder Arbeiter: Die Beschäftigten des öffent-

lichen Dienstes beim Bund und bei den Kommunen warten auf einen ordentlichen Einkommenszuschlag. Im europäischen Vergleich steht Deutschland bei den Ausgaben für den öffentlichen Dienst ohnehin weit hinten. Während in den Ländern der Euro-Zone die Personalausgaben zwischen 1999 und 2006 um durchschnittlich 21 Prozent anstiegen, waren es in Deutschland gerade mal 0,5 Prozent. Nicht zuletzt, so betonten ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und ver.di-Vorstandsmitglied Achim Meerkamp, hätten die Bundestagsabgeordneten die Begründung für ihre Diätenerhöhung um 9,4 Prozent als Vorlage geliefert.

Die Tarifrunde, die im Januar für die rund 1,3 Millionen Angestellten des Bundes und der Kommunen beginnt, wird „hart und konfliktreich“, schätzt der ver.di-Vorsitzende. Nicht zuletzt deshalb beschwor er die Kolleginnen und Kollegen im Saal: Wir sind gut beraten, uns arbeitskampffähig zu

machen.“ Doch zuvor liege noch eine andere Aufgabe vor den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes: Die Menschen müssen für die Forderungen gewonnen werden. Alle müssten mithelfen, so Frank Bsirske, und jeder könne in seinem Umfeld um Verständnis werben für „das, was wir wollen“.

Gefordert sind alle, auch die Beamtinnen und Beamten. Sie dürfen aufgrund geltender Rechtsprechung zwar nicht streiken, aber Anita Rau von der Finanzverwaltung Ulm stellte klar: Das Demonstrationsrecht könne genutzt werden – von allen. Denn das Ergebnis, das für Bund und Kommunen erreicht werde, sei letztlich auch entscheidend für die Beamtinnen und Beamten. Für die ver.di-Mitglieder unter ihnen enthält die Dezember-PUBLIK als Beilage das neueste „Beamtinnen- und Beamten-Journal“ mit vielen Informationen auch zur bevorstehenden Auseinandersetzung (<http://beamte.verdi.de/>).

POSTDIENSTLEISTUNGEN

Zustimmung des Bundesrats zum vereinbarten Mindestlohn erwartet

(pm) Als „gute Entscheidung“ wertete die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis Mitte Dezember den Beschluss des Deutschen Bundestags, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz um die Branche der Briefdienstleistungen zu erweitern. „Wir erwarten, dass auch der Bundesrat zustimmt. Dann kann der tarifvertraglich vereinbarte Mindestlohn von 8,00 bis 9,80 Euro vom Bundesarbeitsminister als Lohnuntergrenze auch für die Beschäftigten in

nicht-tarifgebundenen Unternehmen verordnet werden“, sagte Kocsis. Dem Geschäftsmodell, nach dem sich Unternehmen die Löhne ihrer Beschäftigten aus den Sozialkassen subventionieren lassen, werde damit endlich ein wirksamer Riegel vorgeschoben.

Claus Matecki, Mitglied des DGB-Bundesvorstands, sagte zu Äußerungen von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt über Mindestlöhne: „Weder der Post-Mindestlohn noch andere bran-

chenbezogene Mindestlöhne und kein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn werden Arbeitsplätze vernichten, auch wenn es die Unternehmer gebetsmühlenartig wiederholen. Sie selbst sollten Interesse an einer unteren Haltelinie haben.“ – Die Entscheidung über den Post-Mindestlohn stand für den 20. Dezember 2007 – also nach Redaktionsschluss von „ver.di NEWS“ – auf der Tagesordnung der Länderkammer Bundesrat.

HONORARE

VS solidarisch mit streikenden US-Drehbuchautoren

(pm) Der Verband deutscher Schriftsteller (VS) in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft „erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit den streikenden Drehbuchautoren der Writers Guild of America.“ Dies teilte VS-Vorsitzender Imre Török anlässlich eines weltweiten Solidaritätstages mit: „Die amerikanischen Kolleginnen und

Kollegen zeigen uns, was bei einem guten gewerkschaftlichen Organisationsgrad und hoher Streikbereitschaft möglich ist“, so Török.

Die Forderungen der US-Kollegen seien zweifelsfrei gerechtfertigt und bei allen strukturellen Unterschieden weitgehend identisch mit dem, wofür auch deutsche Autorinnen und Autoren ein-

treten. Die Aushöhlung des Urheberrechts und die Verweigerung angemessener Wiederholungshonorare seien auch in Deutschland ein gravierendes Problem. Gemeinsam mit dem Verband deutscher Drehbuchautoren beteiligte sich der VS Aktivitäten zum Aktionstag u. a. in Berlin am Brandenburger Tor.



Denise Klingbeil ist Kauffrau im Einzelhandel bei Karstadt in Berlin

INTERVIEW

Erfolgreich bei Karstadt

Wie sieht Deine berufliche Situation aus?

Ich habe im Juni meine Ausbildung abgeschlossen und bin danach befristet für ein halbes Jahr von Karstadt übernommen worden. Jetzt habe ich noch einmal einen Zeitvertrag für ein Jahr bekommen. Allerdings hatte ich bisher eine 0,9-Stelle, und ab Januar habe dann nur noch 0,7-Stelle. Dass heißt: weniger Stunden und weniger Geld. Ich komme damit aus, weil ich keine Familie habe, kein Auto und kein Haustier.

Wie schätzt Du Deine Perspektive ein?

Ich bin froh, dass ich die Verlängerung bekommen habe. Dadurch kann ich etwas Berufserfahrung nachweisen. Ich werde mich vor Ablauf des Jahres bewerben und sehen, wo ich etwas finde. Allerdings kann es sein, dass ich keine Stelle in Berlin bekomme. Bei Karstadt sehe ich momentan eine Chance, auf Dauer bleiben zu können.

Du hast als für die Übernahme der Azubis gekämpft?

Ja, wir hatten damit auch Erfolg. Wir hatten im Juni die JAV-Konferenz von ver.di. Damals haben die Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen einen kleinen Protest organisiert, an dem sich die Betriebsräte beteiligt haben. Karstadt hat danach erklärt, 100 Auszubildende zusätzlich befristet für ein Jahr zu übernehmen. Eine davon bis ich jetzt. Ohne unsere Aktion wäre dies nicht passiert.

DGB-STUDIE

Jeder Dritte mit Job unzufrieden

79 Prozent der unter 30-Jährigen wollen sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen

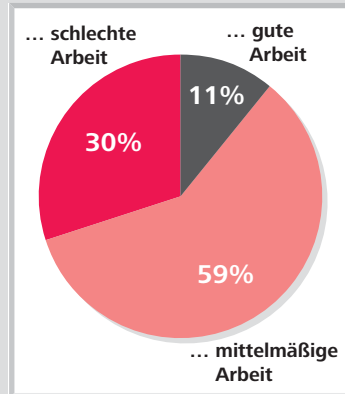
(sil) Als alarmierend beschreibt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock die Ergebnisse einer Studie der DGB-Jugend zur Qualität der Arbeit: „Ausgerechnet die jüngere Generation zählt zu den Verlierern auf dem Arbeitsmarkt“, stellte Sehrbrock fest: „Unter 30-Jährige sind deutlich besser ausgebildet als Ältere und dennoch überdurchschnittlich häufig von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen.“

Jede/r dritte junge Arbeitnehmer/in unter 30 Jahren ist mit dem Job unzufrieden, nur elf Prozent der jungen Beschäftigten beschreiben ihre Arbeit als gut, 59 Prozent bewerten ihre Tätigkeit als mittelmäßig und 30 Prozent als schlechte Arbeit. Realisiert wurde der Report vom Institut TNS Infratest Sozialforschung im ersten Quartal 2007 mit standardisierten Fragebögen. Die Studie widmet sich erstmals den Hauptformen prekärer Arbeit wie befristeten Arbeitsplätze, Minijobs, Zeitarbeit und unfreiwilliger Teilzeitarbeit. Eine Sonderauswertung betrachtet ausschließlich die Sichtweise junger Arbeitnehmer unter 30 Jahren, die rund 1000 der insgesamt 6168 Befragten ausmachen.

Die nachrückende Generation ist hoch motiviert und engagiert, aber auch stark verunsichert. 79 Prozent der unter 30-Jährigen sind bereit, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Eine Zahl, die die stellvertretende DGB-Vorsitzende „überrascht und erfreut“. Diese Erkenntnis sei neu und ermuti-

ARBEITSQUALITÄT

Junge Beschäftigte haben ...



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2007

gend, meint sie. „Die Akzeptanz von Gewerkschaft ist höher bei den Jüngeren, und wir haben die Chance, sie zu aktivieren.“

Die Studie belegt auch ein Wachstum prekärer Arbeit: Rund 53 Prozent der jungen Arbeitnehmer waren in ihrer noch recht kurzen Erwerbsbiographie mindestens in einem befristeten Ar-

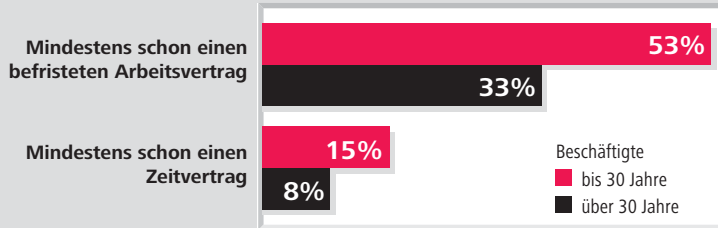
beitsverhältnis tätig, 15 Prozent unterschrieben einen Zeitarbeitsvertrag. 95 Prozent der unter 30-Jährigen wünschen sich Arbeitsplatzsicherheit. Ingrid Sehrbrock dazu: „Viele junge Menschen sind flexibel und auch hoch motiviert, aber nur, wenn sie existenzsichernde Arbeit zu erwarten haben, die nicht krank macht und ihnen Entfaltung, Aufstiegschancen und ein gutes Betriebsklima verspricht.“

Jeder zweite der unter 30-Jährigen fühlt sich leer und ausgebrannt nach seiner Arbeit, 41 Prozent haben sogar in ihrer Freizeit oft oder ständig Probleme, sich nachhaltig zu erholen. Da wundert auch eine fehlende Bindung an das Unternehmen kaum: 32 Prozent der Befragten gaben an, bei einer realen Alternative würden sie sofort den Arbeitgeber wechseln.

Mehr Informationen unter www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/g/Gute_Arbeit_Index_Junge_Beschaeftigte_Zusammenfassung.pdf und www.dgb-index-gute-arbeit.de/servicestelle/data/diga_report_07.pdf

BEFRISTET UND IN ZEITARBEIT

Junge Beschäftigte häufiger prekär beschäftigt



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2007

EINZELHANDEL

Massive Streiks entfalten Wirkung – Angebot der Rewe-Gruppe

(pm) „Das Angebot der Rewe Group, mit uns über einen Übergangstarifvertrag zu verhandeln, dokumentiert, dass die massiven Streiks im Einzelhandel Wirkung entfalten“, stellte Mitte Dezember die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane fest. Rewe bietet an, den über 80000 Beschäftigten der Gruppe, zu der neben den Rewe-Märkten auch die Toom-Vebrauchermärkte und Penny gehören, im Dezember eine von der Laufzeit der regionalen Vergütungstarifverträge

geabhängige Einmalzahlung zwischen 300 und 450 Euro zu überweisen und die Löhne und Gehälter ab Januar 2008 um drei Prozent zu erhöhen. Die Spät- und Nachtarbeitszuschläge sollten unangetastet bleiben. Strittig sei aus ver.di-Sicht bei dem Angebot allerdings die beabsichtigte Verschiebung der Samstagzuschläge auf 18.30 Uhr.

„Das ist eine deutliche Verbesserung gegenüber dem, was uns bislang in den Verhandlungen über die Flächentarifverträge angeboten worden ist“, mach-

te Mönig-Raane deutlich und kündigte an, die Verhandlungen mit Rewe über einen solchen Übergangstarifvertrag zeitnah aufzunehmen. „Absolute Priorität hat für uns allerdings der Erhalt unserer Flächentarifverträge. Wir fordern daher die Arbeitgeberverbände auf, uns auf dieser Basis ein Angebot für Tarifverträge zu machen, die die Leistung der 2,6 Millionen Einzelhandelsbeschäftigten angemessen würdigen“, unterstrich die Gewerkschafterin.

Broschüre

Abfindungen rechts-sicher vereinbaren

Die viel beschworene Flexibilität im Arbeitsleben nimmt zu. Die Zahl der Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz aufgeben müssen, wächst. Aufhebungsverträge spielen hier eine wichtige Rolle. Doch wenn zwei Parteien, die zu meist unterschiedliche Interessen verfolgen, am Verhandlungstisch sitzen, ist die Kenntnis der gesetzlichen Grundlagen besonders für den Arbeitnehmer grundlegend. Ein neuer Ratgeber aus dem Bund-Verlag bietet einen leicht verständlichen Überblick über die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen von Aufhebungsverträgen. Im Mittelpunkt des Buches von Jens Peter Hjort, Fachanwalt für Arbeitsrecht in Hamburg, stehen ausführlich erläuterte und in der Praxis vielfach erprobte Formulierungshilfen. Besonders hilfreich: Das Buch widmet sich auch den psychologischen Mechanismen und zeigt konkret Strategien auf, wie der Arbeitnehmer die eigenen Interessen in den Verhandlungen am effizientesten durchsetzen kann. Checklisten und in der Praxis erprobte Muster helfen bei Aufhebungsverhandlungen und -vereinbarungen.

Jens Peter Hjort, Aufhebungsvertrag und Abfindung Strategien, Tipps und Musterverträge, Bund-Verlag, Frankfurt 2008, 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage, 272 Seiten, kartoniert, 19,90 Euro

Gericht prüft Tariffähigkeit

Pseudo-Gewerkschaften drücken Lohnniveau noch weiter nach unten

(dpa) Das Berliner Arbeitsgericht prüft, ob christliche Gewerkschaften Tarifverträge für Zeitarbeit abschließen dürfen. „Das ist ein sehr seltenes und ungewöhnliches Verfahren, weil die Gültigkeit vieler Tarifverträge infrage steht“, sagte Gerhard Binkert, Vizepräsident des Berliner Arbeitsgerichts, bei der Verhandlung Anfang Dezember. Bei fehlender Tariffähigkeit wären nach Angaben des Gerichts

alle bisher geschlossenen Tarifverträge ungültig. Am Verfahren sind mehr als 150 Arbeitgeber und Vereinigungen beteiligt. Die Entscheidung soll am 5. Februar 2008 verkündet werden.

Die DGB-Gewerkschaften und auch Arbeitgeber werfen den christlichen Gewerkschaften vor, geltende Tarifverträge für Zeitarbeit zu unterbieten. „Das drückt das Niveau der Vergü-

tung noch weiter nach unten“, sagte der vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) beauftragte Rechtsanwalt Friedrich Schindele am Rande der Verhandlung. „Die christliche Tarifgemeinschaft ist nicht in der Lage, vernünftige Verträge zu schließen.“ Ein Arbeitnehmer hatte im Jahr 2003 die Rechtmäßigkeit der Tarifverträge angezweifelt und so das Verfahren ins Rollen gebracht.

AKTUELLE URTEILE

Streiks gegen Umflagung sind rechtmäßig

(hla) Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass Gewerkschaften im Kampf gegen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland zum Streik aufrufen dürfen (Aktenzeichen C-438/05). Allerdings seien Streiks und andere Arbeitskämpfmaßnahmen nur gerechtfertigt, wenn sie dem Schutz von Arbeitsplätzen und -bedingungen dienen. Die Aktionen dürfen nicht unverhältnismäßig sein.

Vorausgegangen war dem Urteil ein Rechtsstreit zwischen der finnischen Viking-Reederei und der internationalen Transportarbeiter-Organisation ITF, der 600 Gewerkschaften aus 140 Ländern angehören, unter ihnen auch ver.di. Die Reederei wollte eine Fähre unter estnischer Flagge fahren lassen. Die finnische Besatzung sollte gegen eine estnische mit geringerer Bezahlung ausgetauscht werden. Um Lohndumping abzuwenden, hatte die finnische Seeleutegewerkschaft Finnish Seamen's Union gestreikt.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock begrüßte das Urteil im Grundsatz. „Das Urteil bestärkt Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften darin, wehrhaft zu sein und gegen Lohn- und Sozialdumping vorzugehen“, sagte sie. Sie kritisierte jedoch, dass der EuGH grundsätzlich jede Arbeitskämpfmaßnahme gegen Umflagung als Beschränkung der Niederlassungsfreiheit werte. Erst eine Verhältnismäßigkeitsprüfung komme zu dem Ergebnis, dass Streiks rechtmäßig sein können. „Das Streikrecht müsste vorrangig oder zumindest gleichbe-

rechtigt neben der Niederlassungsfreiheit stehen“, fordert die Gewerkschafterin. Gleichzeitig stellte sie klar, dass sich der DGB zur Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit bekenne: „Aber Lohn- und Sozialdumping haben damit ebenso wenig zu tun wie Doping mit einem fairen Sportwettbewerb“, so Sehrbrock.

Aufforderung zu Gesetzesverstoß unzumutbar

(dpa) Ein Mitarbeiter darf nicht wegen Arbeitsverweigerung fristlos entlassen werden, wenn er andernfalls die gesetzlich zulässige Arbeitszeit überschritten hätte. Das entschied das Landesarbeitsgericht (LAG) Rheinland-Pfalz in Mainz. Es könne dem Beschäftigten nicht zugemutet werden, den Weisungen des Arbeitgebers nachzukommen, wenn er damit gegen Gesetze verstoße (Aktenzeichen: 6 Sa 53/07). Das Gericht gab damit der Kündigungsschutzklage eines Autokran- und Lastwagenfahrers statt, der nachmittags von seinem Arbeitgeber angewiesen worden, noch eine Baustelle anzufahren. Der Kläger lehnte dies mit der Begründung ab, er habe bereits 8,5 Stunden gearbeitet. Fahre er noch auf die andere Baustelle, überschreite er die höchstzulässige Arbeitszeit von zehn Stunden. Der Arbeitgeber sprach daraufhin die fristlose Kündigung aus. Das LAG hielt diesen Schritt für nicht gerechtfertigt. Die gesetzlich vorgesehene Höchst Arbeitszeit einschließlich der Pausen diene auch dem Zweck, Unfälle zu vermeiden. Dies gelte vor allem auch bei Tätigkeiten mit besonderen Gefahren.

Beim Fahrer eines Autokrans sei dies zweifellos der Fall.

Gericht bestätigt Mitbestimmung bei Edeka

(hla) Das Landgericht Nürnberg-Fürth hat ver.di in einem Statusverfahren gegen Edeka Nordbayern-Sachsen-Thüringen zur Frage der Bildung von Aufsichtsräten in der Edeka-Gruppe Recht gegeben (Aktenzeichen: 1 HK O 68 03/06). Nach diesem Urteil unterliegt diese Regionalgesellschaft – eine von sieben – der Mitbestimmung. Dementsprechend muss Edeka mitbestimmte Aufsichtsräte bilden. Die sieben Regionalgesellschaften gehören jeweils zur Hälfte der Zentrale und regionalen Genossenschaften.

„Die Zeit, in der sich Edeka hinter genossenschaftlichen Strukturen verstecken konnte, um die Mitbestimmung durch die Beschäftigten zu unterbinden, ist damit endlich vorbei“, zeigte sich Uwe Erschens zufrieden, der bei ver.di das Edeka-Projekt leitet: „Wir haben es zwar mittlerweile bei rund 250 000 Beschäftigten mit einem der größten deutschen Arbeitgeber zu tun, in der Frage der Unternehmensmitbestimmung ist das Unternehmen aber in den 60-er und 70-er Jahren stehen geblieben, als man Edeka als kleinen Kaufmannsladen um die Ecke kannte.“

Erschens geht davon aus, dass das Urteil Auswirkungen auf alle sieben Regionalgesellschaften der Edeka hat. Seiner Einschätzung nach gilt es nicht nur in der Frage der Aufsichtsratsbildung, sondern auch für Betriebsräte und Betriebsräte-Arbeitskreise innerhalb einer Region.



Jörg Wiedemuth leitet beim ver.di-Bundesvorstand die tarifpolitische Grundsatzabteilung

INTERVIEW

Ein einheitliches Profil entwickeln

Zum allgemeinen ver.di-Grundsatzprogramm kommt jetzt noch ein tarifpolitisches. Hätte man nicht beides integrieren können?

Es gab einen konkreten Auftrag des 1. Ordentlichen ver.di-Kongresses. Die Ziele und Aussagen des tarifpolitischen Programms sind zudem konkreter gefasst. Da die allgemeine Programmdiskussion nun verschoben ist, besteht aber zumindest die Möglichkeit, das tarifpolitische Programm als einen Beitrag zur Programmdiskussion zu verstehen.

Bleibt es bei der tarifpolitischen Autonomie der Fachbereiche?

Die tarifpolitische Eigenständigkeit der Fachbereiche wird nicht ange-tastet. Wir plädieren jedoch dringend dafür, die tarifpolitische Koordination zwischen den Fachbereichen zu verstärken und ein einheitliches tarifpolitisches Profil für ver.di zu entwickeln. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die praktische Tarifentwicklung noch weiter auseinanderläuft, als dies bereits geschehen ist. Der Bundesvorstand hat eine tarifpolitische Orientierungs- und Führungsaufgabe.

Würde ein gesetzlicher Mindestlohn eine differenzierte tarifpolitische Programmatik überflüssig machen?

Keineswegs! Der Mindestlohn ist ja nur ein Ausschnitt unserer Tarifpolitik. Er soll dafür sorgen, dass in bestimmten Bereichen überhaupt erst wieder gestaltende Tarifpolitik möglich wird.

TARIFPOLITIK

Mittel- und langfristige Strategien

Entwurf eines tarifpolitischen ver.di-Programms vorgelegt

(hem) Den Entwurf eines tarifpolitischen Programms der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft haben Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat im Dezember auf seinen Weg der breiten Diskussion in den Gliederungen der Organisation gebracht. Die 142 Seiten starke Broschüre geht zurück auf einen Auftrag des 1. Ordentlichen ver.di-Bundeskongresses 2003, der für eine umfassende tarifpolitische Pro-

grammatik als wesentliche Zielsetzung formuliert hatte, „fachbereichsübergreifende Grundsatzpositionen sowie mittel- und langfristige Strategien und Orientierungen für die Tarifpolitik“ zu entwickeln. Nach einem langen Entwicklungsprozess liegt nun ein Papier vor, von dem sich die Verfasserinnen und Verfasser wünschen, dass die Diskussion darüber „dazu beiträgt, das tarifpolitische Profil der ver.di zu schär-

fen. Das Programm sei nicht gedacht „als tarifpolitisches Pflichtenheft, das bei Tarifverhandlungen abzuarbeiten ist. Es soll aber gleichwohl Orientierung bieten.“ Die DIN-A-5-Broschüre ist kostenlos erhältlich bei der ver.di-Bundesverwaltung, Tarifpolitische Grundsatzabteilung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Telefon 030/6956-1119, Fax 030/6956-3060, eMail: marlene.wolf@verdi.de

SERVICE

Die ver.di-Lohnsteuerberater arbeiten professionell und erfolgreich

(red.) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschenken Jahr für Jahr rund 500 Mio. Euro, weil sie keine oder eine unzulängliche Steuererklärung abgeben.

Dem soll der ver.di-Lohnsteuerservice entgegenwirken: Seit vielen Jahren beraten ehrenamtliche, speziell geschulte Kolleginnen und Kollegen

ver.di-Mitglieder, und zwar kostenfrei und sehr erfolgreich. Im letzten Jahr haben mehr als 50 000 ver.di-Mitglieder die Dienste der ver.di-Lohnsteuerbeauftragten in Anspruch genommen, die vertraulich und kompetent helfen: beim Ermäßigungsantrag, beim Ausfüllen der Steuerformulare, bei der Berechnung der Erstattungsansprüche

und bei der Formulierung von Einsprüchen.

Zu erreichen ist der ver.di-Lohnsteuerservice der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft per eMail unter lohnsteuerservice@verdi.de, im Internet unter www.verdi-lohnsteuerservice.de oder über die zuständige ver.di-Bezirksgeschäftsstelle.

KOOPERATION

Fachbereiche wollen enger zusammenarbeiten

(hla) Die ver.di-Fachbereiche 5 (Bildung, Wissenschaft und Forschung) und 13 (Besondere Dienstleistungen) wollen enger zusammenarbeiten. Petra Gerschenkorn, die beide Fachbereiche hauptamtlich leitet, sowie die ehrenamtlichen

Vorsitzenden Claudia Wöhrmann-Adam (Fachbereich 13) und Klaus Böhme (5), unterzeichneten dazu Anfang Dezember eine Vereinbarung. Damit stellen beide Fachbereiche auch klar, dass sie ihre fachliche Identität wahren und

ihre Profile stärken wollen. Gleichzeitig bündeln sie aber ihre Kräfte: Erstes gemeinsames Arbeitsfeld soll die präkäre Beschäftigung sein, von der beide Fachbereiche gleichermaßen stark betroffen seien, hieß es.

VER.DI-PUBLIKATIONEN

Kompletter Jahrgang 2006 auf CD-ROM

- die Mitgliederzeitung **ver.di-PUBLIK** (einschließlich aller Regionalseiten)
- der Informationsservice **ver.di-NEWS**
- **ver.di-report Ver- und Entsorgung** (inkl. Müllreport)
- **drei** (Fachbereich Gesundheitswesen, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen)
- **ver.di-report BiWiFo** (Fachbereich Bildung, Wissenschaft, Forschung)
- **standort** (Fachbereich Gemeinden)
- **Druck+Papier**
- **MENSCHEN MACHEN MEDIEN – MMM**
- **Kunst & Kultur**
- **bewegen** (Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik inkl. des „Fachbereichs-Info“)
- **KOMM** (Fachbereich Telekommunikation/Informationstechnologie)
- **ver.di-report Verkehr**
- **Schifffahrt**
- **Handel**
- **Die Besonderen** (Fachbereich Besondere Dienstleistungen)
- **Journal Beamtinnen und Beamte**
- **DabeiSein** (Seniorinnen und Senioren)
- **erwerbslos**
- **Migration**



Die CD-ROM läuft auf **PC** und **Mac** und enthält komfortable Suchfunktionen (über alle Publikationen hinweg) und den aktuellen Acrobat Reader.

CD-ROM Jahrgang **2006**: 9,90 Euro
 CD-ROM Jahrgang **2005**: 6,90 Euro
 CD-ROM Jahrgang **2004**: 3,90 Euro
 CD-ROM Jahrgang **2003**: 0,90 Euro
 CD-ROM Jahrgang **2002**: 0,90 Euro
 (zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale, inkl. Mehrwertsteuer)

Bestellung gegen Rechnung:
 Verlagsgesellschaft Weinmann GmbH, Postfach 1207,
 70773 Filderstadt, Fax 0711/70 01 53-10,
 eMail service@verlag-weinmann.com (unter Angabe der exakten Versandanschrift) oder übers Internet (www.apm.ag/verdicd).

Sonderpreise für Sammelbestellungen

(z.B. von ver.di-Organisationsgliederungen):
 ver.di-Redaktion, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
 Telefon 030/69 56-1065, Fax 030/69 56-3012,
redaktion.publik@verdi.de



DIE SCHOCK-STRATEGIE

Naomi Klein, Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, aus dem kanadischen Englisch von Hartmut Schickert, 768 Seiten, gebunden, 22,90 Euro

VER.DI-NEWS

ERSCHEINT 14-TÄGLICH
IM ABO

HERAUSGEBER

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT
VER.DI, FRANK BSIRSKA,
VORSITZENDER

CHEFREDAKTION

DR. MARIA KNIESBURGES

REDAKTION

BURKHARD BALTZER,
HEIKE LANGENBERG,
HENRIK MÜLLER
(VERANTWORTLICH)

LAYOUT

HELMUT MAHLER

INFOGRAFIK

KLAUS NIESEN

DRUCK ALPHA PRINT

MEDIEN AG, DARMSTADT

ADRESSE VEREINTE

DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT,
REDAKTION VER.DI-NEWS,
PAULA-THIEDE-UFER 10,
10179 BERLIN,
TEL.: 0 30/69 56 10 68,
FAX: 0 30/69 56 30 12,
VERDI-NEWS@VERDI.DE
WWW.VERDI-NEWS.DE

Hinweis: Die Ausgabe 01 erscheint am 19. Jan. 2008.

Akribisch recherchiert

Naomi Klein beschreibt die „wirkungsmächtigste Ideologie unserer Zeit“ – den Neoliberalismus

„Ich verstehe gar nicht, warum deutsche Journalisten so über mich herfallen“, sagt erstaunt die Journalistin Naomi Klein bei der Vorstellung ihres neuen Buches „Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“ in Berlin. Die Kanadierin hat getan, was die ureigenste Profession von Journalisten sein sollte: Sie hat recherchiert und die Geschichte des Neoliberalismus aufgeschrieben.

Klein analysiert die auf den US-Ökonomen Milton Friedman zurückgehende Wirtschaftsdoktrin des bedingungslosen freien Marktes, der einhergeht mit Entstaatlichung, Deregulierung und der Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme. Die Autorin zeichnet nach, wie Friedman und seine Jünger, die „Chicago Boys“, alle US-Regierungen nach 1949 beriet – und weltweit beinahe alle Diktatoren. Ab 1990 hielt Friedman dann auch im Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas Vorträge und erweiterte sein Betätigungsfeld in Transformationsstaaten wie Polen, Russland und Südafrika. Der Ökonom flüsterte den Staatsmännern

ein, wie sie unter Ausnutzung von Folter und Krieg, wirtschaftlichen Krisen, des Zusammenbruchs der Staatsfinanzen oder des Schocks einer Katastrophe ihr Land in seinem Sinne umbauen können.

Chile war nach dem Militärputsch von General Pinochet – und unter tatkräftiger Hilfe der US-Geheimdienste – von 1973 an 1973 das erste neoliberale Labor. Im Land herrschte Terror, demokratische Spielregeln und Menschenrechte galten nichts. Und wie bei Pinochet ging Friedman bei allen südamerikanischen Diktatoren ein und aus. Das belegt die Journalistin Naomi Klein in unzähligen Dokumenten, Zeitungsartikeln und Gesprächsprotokollen. In allen Ländern, die sie beschreibt, hat sie mit Zeitzeugen gesprochen

Naomi Klein verbindet die staatlichen Schock-Therapien und die Erfahrungen mit den Folterstrategien der CIA. Die Autorin verallgemeinert: Hier werden Individuen gefügig gemacht, dort ganze Gesellschaften.

Das veranlaßt den „Zeit“-Redakteur, sein Interview mit der Frage „Haben

Sie eigentlich noch alle Tassen im Schrank“ zu beginnen. Und der Rest der Medienmeute wirft mit „Unflat nach der Autorin“, wie die Hamburger Medienwissenschaftlerin Brigitta Huhnke feststellt. Klein unterziehe ihre Leser einer „geistigen Folter“, giftet die „Süddeutsche Zeitung“, und die FAZ sieht ein „Crescendo des Schreckens“ auf die Leser niederprasseln: „Weder in der politischen Presse beispielsweise der USA noch in kanadischen oder englischen Medien, in italienischen oder auch griechischen ist Naomi Klein derart diffamiert worden wie bisher in diesem Land“, resümiert Huhnke, die Dutzende Besprechungen ausgewertet hat.

Der Verlag wirbt mit der Aussage: „Naomi Klein beschreibt die wirkungsmächtigste Ideologie unserer Zeit“. Nun: In einigen Teilen dieser Welt weht der Wind wieder von links, und in unserem Land wird wieder über die soziale Frage geredet. Doch der Neoliberalismus ist noch lange nicht besiegt. Kleins Buch ist beste Medizin, um sich für die weiteren Kämpfe zu stärken. GÜNTER FRECH

NACHRUF

Im Alter von 52 Jahren ist am 14. November 2007 **Ulrich Hoffmann** gestorben, langjähriger Bundesarbeitssekretär der Gewerkschaft ÖTV. Der gelernte Starkstromelektroniker arbeitete zunächst bei der Verkehrs-Gesellschaft seiner Heimatstadt Kassel, trat 1970 in die ÖTV ein und nahm dort zahlreiche ehrenamtliche Aufgaben wahr. 1990 wurde er hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär, zunächst in Ostdeutschland, von 1993 an als Tarifsekretär für die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Bund, Ländern und Gemeinden. 1996 wurde Hoffmann zum Bundesarbeitssekretär gewählt. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Berufsleben inne. Die Kondolenzanschrift: Renate Just, Am Kitzbach 7, 34577 Staufenberg.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Seinen 70. Geburtstag begeht am 7. Januar 2008 der frühere Vorsitzende der ver.di-Gründungs-Gewerkschaft DAG, **Roland Issen**. Er hat maßgeblichen Anteil an der Integration der zwischen 1949 und 2001 außerhalb des DGB stehenden Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Nach seinem Studium an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik war Issen zunächst politischer Assistent in der SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft und gehörte ihr später auch als Abgeordneter an. Er wechselte Mitte der Sechziger in das Ressort Wirtschaftspolitik beim DAG-Bundesvorstand. 1979 wurde er in den DAG-Bundesvorstand gewählt, 1983 zum stellvertretenden Vorsitzenden und 1987 schließlich zum Vorsitzenden. Roland

Issen verfolgte dann einen Kurs des Abbaus der Konkurrenz zu den DGB-Gewerkschaften, was zu Kooperationsverträgen mit der ÖTV, der HBV und der IG Medien führte. Vehement setzte er sich in der Folgezeit für die Gründung einer Dienstleistungsgewerkschaft im DGB ein. Er zählt damit zu den wichtigsten Architekten der Gewerkschaft ver.di.

Menschenräume

„Du kannst den allerschönsten Ort der Welt planen, erstellen und bauen – aber man benötigt Menschen, um den Traum wahr werden zu lassen.“
Walt Disney (1901-1966), US-amerikanischer Trickfilmzeichner und Filmproduzent